

Verwalter fordern länger Insolvenzgeld

Umfrage der Uni Mannheim: In der Krise sollten auch gesetzliche Schutzrechte vorübergehend ausgesetzt werden

D. FOCKENBROCK | DÜSSELDORF

Insolvenzverwalter fordern weitreichende Reformen des Insolvenz- und Gesellschaftsrechts, um die Sanierung angeschlagener Unternehmen gerade in der Krise zu erleichtern. Im Zentrum steht dabei die Forderung, den § 613a BGB für mindestens drei Jahre auszusetzen. Darin ist festgelegt, dass ein Unternehmenskäufer auch alle Arbeitsverhältnisse übernehmen muss. Dieser Schutzparagraf für Arbeitnehmer steht schon seit langem in der Kritik weil er die Übertragung eines kompletten Unternehmens an einen neuen Eigentümer erschwert.

Das Zentrum für Insolvenz und Sanierung an der Uni Mannheim hat 107 Insolvenzverwalter in Deutschland befragt, die allein 21 000 Unternehmensinsolvenzen betreuen. Die Studie erfolgte im Auftrag des Kreditversicherers **Euler Hermes**. Die Anwälte schlagen der Umfrage zufolge zudem vor, das Insolvenzgeld vorübergehend auf vier Monate zu verlängern oder auf drei Monate vor

und drei Monate nach Insolvenzeröffnung zu erweitern. Zurzeit finanziert die Arbeitsverwaltung Löhne und Gehälter maximal drei Monate bis zur Insolvenzeröffnung. Weitere Punkte, die als dringend verbesserungswürdig angesehen werden sind die Einführung eines Konzerninsolvenzrechts sowie eine bessere Ausbildung der Insolvenzrichter. Dabei komme es vor allem auf eine wirtschaftliche Qualifikation an, meinen die Verwalter. Ein Konzerninsolvenzrecht hätte zum Ziel, nur noch ein Gericht mit der Insolvenz eines Firmenkonglomerats zu betrauen. Zurzeit müssen sich die Gerichte – wie beispielsweise im aktuellen Fall Arcandor mit Dutzenden von Tochtergesellschaften an verschiedenen Standorten – darauf verständigen.

Neben den Finanzierungsproblemen ist nach Aussagen der Mannheimer Studie inzwischen der Auftragsmangel einer der Hauptauslöser für Insolvenzen, sagen 94 Prozent der Verwalter. Hintergrund ist die Wirtschaftskrise. Die machen 39 Prozent der Befragten für den Zusammen-

bruch der Unternehmen verantwortlich. Betroffen ist vor allem die Industrie. Hier legen die Pleitefälle 45 Prozent über dem Vorjahr. Es überrascht daher nicht, dass im Zuge der Wirtschaftskrise zuerst Autozulieferer in Schwierigkeiten gerieten.

Wegen der Just-in-time-Produktion schlagen Stornierungen der Autokonzerne unmittelbar durch. Teilweise brach schon zum Jahresende 2008 der Absatz der Zulieferer um 30 Prozent, in den folgenden Monaten um bis zur Hälfte des früheren Geschäftsvolumens ein. Hinzu kommt der Dominoeffekt durch die Pleite von Lieferanten und Kunden. Der spielt inzwischen auch eine gravierende Rolle.

Erstaunlich ist das Ausbleiben einer gigantischen Pleitewelle. Zwar bekräftigt auch die Mannheimer Studie frühere Prognose des Wirtschaftsinformationsdienstes **Creditreform** wonach bis Jahresende mit 35 000 Unternehmensinsolvenzen gerechnet werden muss. Das wären 19 Prozent mehr als im Vorjahr. Für das nächste Jahr erwarten die befragten Verwalter jedoch nur noch ein Plus von elf Prozent auf 39 000 Pleiten. Damit würde dann allerdings der Negativrekord von 2003 gebrochen. Mit einem Unterschied zu früheren Jahren: Es kommen größere Unternehmen in Schwierigkeiten.

Der Geier kreist

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

